»Man muss dahin gehen, wo es wehtut«

Der Anstoß zu einem Fachkongress der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege am 23. und 24. Oktober 2009 in Berlin über pädagogische und soziale Bestrebungen rechtsextremer Organisationen kam von Dr. Thomas de Maizière, Chef des Bundeskanzleramts und Bundesminister für besondere Aufgaben. In seinem Vortrag auf der Veranstaltung erläuterte er, was ihn zu dieser Anregung veranlasste und welche kritischen Punkte er beim gegenwärtigen Umgang mit rechtsextremistischen Einstellungen sieht. Auszüge aus seinem Grußwort:

Ich will zunächst ein Wort zur Notwendigkeit der Repression sagen: Es gibt keine Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, ohne dass nicht auch auf Repression, das heißt die konsequente Verfolgung und Ahndung jeder Form politisch rechtsextrem motivierter Kriminalität mit den Mitteln des Strafrechts, zurückgegriffen werden müsste. Das ist nötig und Teil unserer wehrhaften Demokratie. Gerade jugendlichen Tätern müssen – auch von den Eltern – frühzeitig klare Grenzen gesetzt werden. Die Täter müssen die Konsequenz und Entschlossenheit des Staates unmittelbar spüren. Unser Strafrecht bietet dafür das notwendige Instrumentarium. Richter und Staatsanwälte müssen es zwar mit Augenmaß, aber doch mit aller Konsequenz und vor allem schnell anwenden. Sie tun das auch in der Regel.

Das reicht aber nicht. Die Sicherheitsbehörden ergreifen zusätzlich eine Vielzahl von Maßnahmen, um Rechtsextremismus und politisch rechtsextrem motivierte Kriminalität in allen Erscheinungsformen zu bekämpfen. Neben der Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden nenne ich beispielhaft Maßnahmen wie Gefährderansprachen, verstärkte polizeiliche Präsenz an einschlägigen Treffpunkten, Auflösung von Konzerten, Demonstrationsverbote oder die Indizierung von entsprechenden Tonträgern. Auch Vereinsverbote halte ich, wenn sie sachgerecht erscheinen und so vernünftig vorbereitet sind, dass sie vor Gericht Bestand haben, für eine wichtige Maßnahme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. [...]

Der Bereich des ›Kümmerns‹ muss stärker in den Blick genommen werden. Es sind Alternativen zu bieten, wenn zum Beispiel die NPD vor einem Autohaus in einem ländlichen Gebiet Ostdeutschlands eine Hüpfburg aufstellt. Wenn die NPD ein Freizeitangebot dieser Art unterbreitet – ich will in diesem Zusammenhang nicht von ›niederschwellig‹ sprechen, weil dieser Begriff anders verwendet wird; eher handelt es sich um ein schlichtes Freizeitangebot –, dann reicht es nicht aus, darüber empört zu sein. Man kann sicherlich das Autohaus und die NPD beschimpfen; das ist auch richtig so. Aber den Kindern zu sagen: ›Ihr dürft nicht in die Hüpfburg, weil die NPD sie aufgestellt hat‹, reicht nicht aus. Man stellt am besten eine andere Hüpfburg daneben. Das ist zwar eigentlich ein schlechtes Beispiel, weil man bessere, spannendere Freizeitaktivitäten anbieten sollte als eine Hüpfburg.

Was aber Freizeitangebote im ländlichen Bereich angeht – das ist meine Erfahrung –, beschimpfen wir die NPD oder ihre Tarnorganisationen dafür, dass sie sich kümmern, während wir nichts oder zu wenig dagegensetzen. Das ist ein Problem und führt auch eher zu einer Solidarisierung mit der NPD. Die Hüpfburg allein erscheint in den Augen vieler noch nicht als etwas, womit Kinder zu irgendetwas verleitet werden können. Es gibt das berühmte Lied ›Spiel nicht mit den Schmutzdelin-

dern‹. Wenn diese aber als solche tabuisiert sind, sind sie besonders interessant. Mit der Tabuisierung ›Das sind Schmutzdelin- delkinder, mit denen gehen wir nicht um‹ springt man zu kurz.

Viele von Ihnen werden jetzt einwenden, das sei auch eine Frage der sozialen Infrastruktur, insbesondere ihrer Kosten. Da müsse mehr geschehen. Viele der Argumente, die Sie sicherlich vortragen werden, sind richtig. Aber auch das reicht als Erklärung der Umstände nicht aus.

Ich kenne viele hervorragend hergerichtete, durchaus gut geführte und von den Öffnungszeiten her attraktive Jugendklubs, die aber leer sind. Ein Teil der problematischen Jugendlichen hängt doch an der Bushaltestelle herum. Es liegt oft nicht am Fehlen der Infrastruktur, das heißt des Jugendklubs an sich einschließlich Träger. Vielmehr wird eine bestimmte Form von Angeboten von einem bestimmten Teil der Jugendlichen nicht angenommen. Anders formuliert: Das Angebot, das diese Jugendlichen nutzen möchten, gibt es nicht im Jugendklub.

Noch einmal: Ich behaupte nicht, dass im Bereich der sozialen Infrastruktur nicht noch mehr getan werden müsste. Aber wenn wir schon auf einer Fachtagung miteinander sprechen und es nicht beim Austausch großer Deklarationen bewenden lassen wollen – so bitte ich mein Grußwort auch zu verstehen –, dann müssen wir über die Forderung nach mehr Geld hinauskommen und die Frage stellen: Wie ist die Qualität unseres Angebots? Erreichen wir die richtigen Leute? Die ›Kümmerkompetenz‹ all derer aus dem rechtsextremistischen Milieu, die sich vor Ort tummeln, wird nicht in erster Linie durch Beschimpfung der Kümmerer – obwohl auch das notwendig ist –, sondern vor allem durch kluge, gute Alternativangebote, und zwar in der ganzen notwendigen Breite, wirksam bekämpft. [...]

Ich möchte Ihnen einen weiteren Eindruck schildern: In unserer Gesellschaft bemühen wir uns oft zu sehr um diejenigen, die unsere Hilfe eigentlich nicht brauchen. Wenn Aktionen gegen ›Pro Köln‹ initiiert werden oder in Dresden gegen den Versuch der NPD vorgegangen wird, das Gedenken an die Bombardierung der Stadt zu missbrauchen, dann ist das Ausdruck eines wunderbaren, bewegendem bürgerschaftlichen Engagements und von Zivilcourage.

Das ist aber, wenn man so will, nur eine Frage der Mobilisierung. Die Gefährdeten – um diese geht es eigentlich – werden aber nicht erreicht. Wer arbeitet mit denen, die schon halb unterwegs sind, die von den Angeboten der Rechtsextremisten schon halb gefangen sind? [...] Ist das eine Stellenfrage oder eine Qualitätsfrage? Haben Sie die Leute, die bereit sind, in diese Szene zu gehen? Ist das wirklich ein Geldproblem oder will man sich mit der Szene selbst lieber nicht auseinandersetzen? Kommt es im beruflichen Umfeld gut an bzw. wird es als ›cool‹ angesehen, wenn ein Sozialarbeiter auf die Frage ›Was machen Sie denn?‹ antwortet: ›Ich arbeite mit rechtsextremen Jugendlichen?‹ Im Fußball gibt es aber den Ausspruch: Man muss dahin gehen, wo es wehtut.

Der vollständige Wortlaut des Grußwortes von Dr. Thomas de Maizière kann in der Online-Dokumentation der Fachtagung eingesehen und kostenlos heruntergeladen werden (Internet <http://www.bagfw.de/?id=104001000098>).